

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897**

94 (25.2.1897) Mittagblatt

# Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Donnerstag, 25. Februar.

Mittagblatt.

N<sup>o</sup> 94.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Sorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder reif.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsru. Ztg.“ — gestattet.

1897.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 15. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Waisengericht Alexander Groß in Mannheim das Verdienstkreuz von Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 10. Februar d. J. gnädigst geruht, den Regierungsbaumeister Alfred Bach in Heidelberg bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand zu versetzen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 18. Februar 1897 wurde dem Großh. Steuerkommissar Julius Stuber in Billingen der Dienst des Großh. Steuerkommissars für den Bezirk Baden übertragen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Deutscher Reichstag.

• Berlin, 24. Februar.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichtes.)

Direktor des Reichseisenbahnnamts Dr. Schulz widerlegt die Ausführungen des Vorredners, indem er auf die großen Summen hinweist, die für die Sicherheitsvorrichtungen, Verbesserung des Materials und die Verbesserung der Befolgungen des Personals verwendet seien.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) betont, der alljährlich eintretende Wagenmangel im Herbst sei ganz natürlich aus dem Zusammenstoßen der Kohlentransporte, der Kartoffel- und Rübenerte zu erklären. Material sei genügend vorhanden. Der Abg. Pahnke möge bedenken, daß eine noch größere Punctschwierigkeit in Deutschland herrschen würde, wenn wir bei den Privatbahnen geblieben wären.

Abg. Köfke (bei seiner Fraktion) beantragt einen Zusatz zum Antrag Pahnke, daß unter Berücksichtigung der durch die Gütertariife der Nachbarländer geschaffenen Konkurrenz eine Reform der Gütertariife erfolge, welche sich den Selbstkosten der Bahnen mehr als bisher nähere und eine allgemeine Förderung des wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen geeignet sei. Die Staatlichkeit der Eisenbahnen stehe dem letzteren Interesse wesentlich entgegen. Die erste Wagenklasse sei überflüssig. Zweidrittel aller Fahrgäste der ersten Klasse seien Nichtzahlende. Redner wünscht schließlich eine Statistik über die Arbeiterverhältnisse in den Werkstätten, welche der Reichseisenbahnverwaltung unterliegen.

Abg. Graf Udo zu Stolberg (kons.): Diese ganzen Diskussionen gehörten eigentlich in die Landtage. (Widerspruch.) Es würden aber noch mehr Klagen geäußert werden, wenn wir Privatbahnen hätten.

Abg. Fischbeck (Freis. Volksp.) widerspricht dem Vorredner und stimmt beiden Anträgen zu. Redner befürwortet die Einführung von Kilometerpreisen.

Es folgen weitere Bemerkungen der Abgg. Hug (Str.), Stolle (Soz.) und des Direktors des Reichseisenbahnnamts, Dr. Schulz, welcher letzterer betont, daß bei den Eisenbahnbeamten die Arbeitszeit und die Dienstzeit sich nicht immer decken. Vielfach treten bei schwebendender Dienstzeit ausgiebige Ruhepausen ein. Die vom Abg. Köfke gewünschte Statistik soll in Angriff genommen werden.

Darauf werden die Anträge Pahnke und Köfke angenommen. Der Titel „Präsident“ und der Rest des Stats werden bewilligt.

Es folgt der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen. Abg. Pahnke (Fr. Vgg.) als Referent berichtet über die Beschlüsse der Kommission bezüglich einzelner Abstriche.

Abg. Dueb (Soz.) befürwortet die Einführung von Kilometerpreisen.

Geheimerath Wackerzapp: Den größten Vorteil von diesen Preisen würde die begüterte Klasse haben. Die Feste würden dem Kontrolldienste nur Schwierigkeiten machen, auch sonst viel Nachteile mit sich bringen.

Darauf verlegt sich das Haus.

Abg. Schmidt-Eberfeld (Fr. Vgg.) beantragt, die Frage der Erbauung eines Präsidialgebäudes sogleich der Budgetkommission zu überweisen.

Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Initiativanträge: 1. Antrag Colbus, betreffend Aenderung des Wahlmodus für die Bezirksräthe in Elsaß-Lothringen; 2. Antrag Schwerin-Loewig in Verbindung mit dem Antrage Paasche, betreffend Aufhebung des Zollkredits für Getreide- und Mühlenfabrikate. Schluß 5 Uhr 20 Min.

### \* Zur Lage im Orient

△ Athen, 18. Febr. Wenn man sich den Widerstand, den das kleine Griechenland in der Kreta-Frage dem nach-

drücklich und unter Drohungen kundgegebenen Willen der Großmächte leistet, erklären will, muß man sich zwei Umstände vor Augen halten. Zunächst tritt immer deutlicher zutage, daß in Athen hinsichtlich des seitens der Mächte zu gewärtigenden Verhaltens ähnliche Ruchmaßungen vorherrschten, wie man sie in Konstantinopel bezüglich des Verhaltens der Kabinette in der Reformfrage bis zur jüngsten Zeit geübt hatte, ja möglicherweise noch übt. Die Unnachgiebigkeit der Türkei gegenüber den Forderungen Europas stütze sich bekanntlich seit dem Beginne der armenischen Frage auf die insbesondere im Bildiz genährte Hoffnung, daß ein vollständiges Einvernehmen zwischen den Mächten über das der Türkei gegenüber zu befolgende Vorgehen nicht zustande kommen werde. In analoger Weise beruheten auch die Berechnungen des Athener Kabinetts auf der Annahme, daß, wenn Griechenland einen Handstreich gegen Kreta unternimmt, zwischen den Mächten eine Spaltung hinsichtlich der fernherin zu beobachtenden Haltung eintreten dürfte. Man beiließ sich daher, Nachrichten über die Enthaltung bald des einen, bald des anderen auswärtigen Vertreters in Athen von den bei der griechischen Regierung unternommenen Schritten zu verbreiten. Diese Behauptung wurde jedoch durch die sichtbaren Vorgänge sehr rasch als nichtig erwiesen. Die Repräsentanten sämtlicher Mächte haben vielmehr zu wiederholten Malen in gleichartiger Weise der griechischen Regierung die schärfste Mißbilligung des Vorgehens derselben kundgegeben und die bedenklichen Folgen betont, die sich für Griechenland aus einem Beharren auf der eingeschlagenen Bahn ergeben würden. Der Minister des Aeußern, Herr Stuzes, wiederholte gegenüber diesen Vorstellungen die behauptete Rechtfertigung der Aktion Griechenlands schon früher abgegebene Erklärung, daß Griechenland angesichts der letzten Ereignisse auf Kreta nicht mehr bloßer Zuschauer bleiben könne, woran er die Versicherung knüpfte, daß es sich bei der Truppenjendung nach der Insel lediglich um die Wiederherstellung der Ordnung dajelbst handle. Daß jedoch letzteres nichts als eine Phrase war, zeigte die vom Befehlshaber der griechischen Expedition, Obersten Bassos, nach seiner Landung auf Kreta erlassene und im Athener Amtsblatt veröffentlichte Proklamation, in welcher angekündigt wird, daß das Expeditionscorps die Insel okkupiren werde, daß Oberst Bassos von Kreta im Namen des Königs Georg Besitz zu ergreifen und alle seine Aktionen auf Grund der in Griechenland herrschenden Gesetze auszuführen habe. Diese Proklamation, sowie weitere Kundmachungen des Obersten Bassos betundeten, daß die griechische Regierung Kreta nunmehr als griechisches Territorium betrachte und daß ihre Aktion auf die Annexion der Insel abziele. Die nach dem Bekanntwerden dieser Proklamation seitens der auswärtigen Vertreter mit erhöhtem Nachdruck erneuerten Vorstellungen mußten jedoch das Athener Kabinet über den unerwünschten Entschluß der Mächte, die Angliederung Kretas an Griechenland nicht zuzulassen, genügend aufgeklärt haben.

(Telegramme.)

\* Wien, 24. Febr. Gegenüber den unrichtigen Nachrichten von einer angeblich geplanten Besetzung Kretas durch Italien, sowie daß der Sultan bereits den Vorschlägen der Mächte betreffend die Autonomie Kretas zugestimmt habe, erklärt das halbamtliche „Fremdenblatt“, daß seines Wissens ein solcher Schritt überhaupt nicht gethan worden sei. Die Pourparlers der Mächte versprechen ein baldiges Einverständnis über die in den letzten Tagen mehrseitig kongruent entwickelten Punkte. — Dasselbe Blatt erfährt aus St. Petersburg, daß eine Zirkulardepeße Rußlands vorliegt, die auf Grund der Prinzipien der Erhaltung des staatlichen Verbandes zwischen Kreta und der Türkei, sowie der Erhaltung des türkischen Reiches überhaupt eine Einziehung der Mächte betreffend die Autonomie Kretas zum Gegenstande habe. Der Beschluß der Kabinette betreffs dieser Auslassungen werde als Grundlage und Vorbedingung für die strikte Aufforderung an Griechenland dienen, die griechischen Truppen von Kreta zurückzuführen und der Aktion der Mächte das Feld zu überlassen.

\* Athen, 24. Febr. Nach einer Depeße aus Canea von heute Vormittag stürzte bei dem Brande des Regierungsgebäudes der Geldschrank des Gouverneurs herab und wurde zertrümmert. Türkische Offiziere und Soldaten beabsichtigten die 7000 Pfund an sich zu nehmen, welche der Geldschrank enthielt. Europäische Offiziere erhoben hiergegen Einspruch. Von türkischer Seite wurden die fremden Seeleute des Diebstahls beschuldigt. Die Untersuchung ergab jedoch, daß diese Anschuldigungen vollkommen unbegründet waren. Um die Muselmanen fern

zu halten, waren die Seeleute gezwungen, von den Waffen Gebrauch zu machen. Der Vorfall hätte beinahe zu einem Kampfe zwischen Türken und Europäern geführt. Während des Brandes des Regierungsgebäudes wurden italienische Matrosen schwer verletzt. In Galepa soll ein Angriff von Soldaten und Muslimanen auf Christen stattgefunden haben.

\* Athen, 24. Febr. Ein Telegramm aus Canea von heute Nachmittag besagt: Der Kommandant des vor Sitia ankernden englischen Kriegsschiffes „Scout“ telegraphirte, die Nachricht von der Niedermezelung von 104 Türken durch Christen sei vollständig unbegründet.

\* Konstantinopel, 24. Febr. Die Pforte erhielt die telegraphische Meldung, daß bei Chersonesos in der Provinz Kandia 600 Mann griechischer Truppen, sowie drei Kanonen und Munition gleichzeitig mit einem von Griechenland gekommenen Insurgentenführer ausgeschifft worden seien.

\* Wien, 25. Febr. Die Königin von Griechenland, die Ehrenadmiral der russischen Flotte ist, hat diese Würde niedergelegt, da sie keinen Rang in einer Flotte bekleiden könne, die ihre Kanonen auf griechische Unterthanen und rechtgläubige Christen richte.

\* London, 25. Febr. Der erste Lord der Admiralität, Goschen, hielt gestern auf einem politischen Bankett eine Rede, worin er die Beschließung des Lagers der Aufständischen bei Canea als einzig möglichen Schritt zur Verhinderung des weiteren Vorrückens der Aufständischen verteidigte. Die englische Regierung habe ebenso wie der deutsche und der französische Minister erkannt, daß, solange alle Mächte zusammen vorgingen, die Sicherheit, Hoffnung und Möglichkeit vorhanden sei, eine große Katastrophe zu vermeiden; daß aber, wenn eine Macht abzuweichen sollte, Widerwärtigkeiten voranzusehen seien. Jeder, der die Reden Marshalls und Hanotaux gelesen, könne unmöglich glauben, daß Kreta jemals unter die direkte Herrschaft der Türken zurückkehren werde. Lord Salisbury und Balfour würden heute betreffend Kretas Zukunft deutliche Erklärungen im Parlament abgeben.

\* London, 25. Febr. Lord Salisbury hatte gestern eine längere Unterredung mit den hiesigen Vertretern der Mächte.

\* Athen, 25. Febr. Die Kammer hielt gestern keine Sitzung ab, da die Minister nicht erschienen waren. Der Ausfall der Sitzung wird in politischen Kreisen lebhaft besprochen. Ministerpräsident Deljanis berief die Minister zu dem Finanzminister. Die Vertreter der Mächte besuchten gestern den Minister des Auswärtigen. Ob eine Kollektivnote überreicht worden ist, ist unbekannt.

\* Athen, 15. Febr. Nach amtlicher Angabe betragen die Verluste der Türken in den letzten Kämpfen 500 Tode, Verwundete und Vermißte und 104 Gefangene. Oberst Bassos war persönlich dem Feuer ausgesetzt; in seiner unmittelbaren Nähe wurde ein Offizier getödtet.

\* Konstantinopel, 25. Febr. Eine den Botchaftern zugegangene Depeße meldet, daß die Einigkeit der Mächte wieder hergestellt sei. Die Ueberreichung der endgiltigen Forderungen der Mächte an Griechenland soll heute erfolgen.

### Die südafrikanischen Wirren.

(Telegramm.)

\* London, 24. Febr. In Transvaal ist eine große Verfassungskrise ausgebrochen, weil der hohe Gerichtshof auf seinem Recht besteht, die Beschlüsse des Volksraads zu bestätigen, um feststellen zu können, ob sie sich etwa im Gegensatz zur Verfassung befinden. Der Volksraad beräth jetzt über einen Gejessentwurf, nach welchem die Richter einen neuen Eid dahin ablegen sollen, daß sie die Beschlüsse des Volksraads als Gesetz annehmen. In der heutigen Sitzung des Volksraads trat der Präsident in ersterer Weise zu Gunsten der Annahme dieser Bill ein und führte aus, Rhodes habe seit Jahren versucht, die Republik zu untergraben, und sei nur durch die Beschlüsse des Volksraades gehemmt worden. Wofür die Souveränität der Republik nicht aufrecht erhalten werde, würde die Londoner Konvention gebrochen werden und ein Krieg könnte dann folgen. Die Richter haben eine Erklärung abgegeben, in welcher sie auf die Vertagung der Beratungen dringen und ihre Unterstützung zu einer gültigen Regelung anbieten.

### Ein russisch-japanisches Abkommen.

(Telegramm.)

\* St. Petersburg, 24. Febr. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht das Abkommen zwischen Rußland

